

GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Aus der Corona-Pandemie die richtigen Lehren ziehen





**MIT DER CORONA-PANDEMIE HAT
UNS IN RUND EINEM JAHRZEHNT
DIE ZWEITE GROSSE KRISE NACH
DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZ-
KRISE ERFASST. EINDRÜCKLICH
WURDE UNS VOR AUGEN GE-
FÜHRT, WIE VERLETZLICH DER
MENSCH, UNSER GESUNDHEITS-
UND WIRTSCHAFTSSYSTEM UND
UNSERE GESELLSCHAFT SIND.**

*Auch wenn es für eine abschließende Bilanz heute noch zu früh ist: Deutschland und Niedersachsen sind im Vergleich zu einigen Ländern glimpflich durch die pandemische Ausnahmesituation gekommen. Das ist besonders dem unermüdlichen Einsatz der Menschen in den systemrelevanten Berufen, dem hohen Maß an Solidarität und Gemeinsinn der Bürger*innen und der Expertise unserer Wissenschaftler*innen zu verdanken.*

EINE GROSSE HERAUSFORDERUNG FÜR UNSERE GESELLSCHAFT.

Das Virus hat eine Krise ausgelöst, die als kollektive Herausforderung für jede und jeden von uns greifbar und erfahrbar ist, uns Alle betrifft und bedroht. Doch auch wenn die Corona-Pandemie unser aller Leben verändert hat, bestehen signifikante Unterschiede bei der individuellen Krisenerfahrung, die die bereits vor dem Virus bestehende Ungleichheit von Einkommen und Lebensbindungen maßgeblich widerspiegelt.

Zahlreiche Studien zeigen, dass die Corona-Krise die soziale Ungleichheit und die Polarisierung unserer Gesellschaft auf vielen Ebenen verschärft hat. Wer bereits vor Ausbruch des Virus zu einer besonders vulnerablen und marginalisierten Gruppe gehört hat, der erfährt auch während der Krise größere Lasten und zwar nicht nur was die subjektive Wahrnehmung betrifft, sondern auch ganz konkret was die tatsächliche Betroffenheit angeht. Vor allem Frauen müssen oftmals zu großen Teilen die Folgen der Krise – beruflich zum Beispiel in den Sozial- und Dienstleistungsberufen oder privat durch Heimunterricht und Sorgearbeit – tragen. Gleichzeitig leiden vor allem die Jüngsten in unserer Gesellschaft. Die Ergebnisse der COPSY-Studie¹ aus dem Februar 2021 sind besorgniserregend: 30 Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 17 Jahren zeigen bereits psychische Auffälligkeiten, betroffen sind vor allem Kinder aus einkommensschwachen und sozial benachteiligten Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund.

¹ Die COPSY-Längsschnittstudie der Forschungsabteilung Child Public Health am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf untersucht die Auswirkungen und Folgen der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

Im Zuge der notwendig gewordenen Infektionsschutzmaßnahmen fürchtet eine Vielzahl an Menschen um ihren Job, ganze Branchen bangen um ihre Existenz. Gleichzeitig hat die Armutsquote in Deutschland mit 15,9 Prozent (rechnerisch 13,2 Millionen Menschen) nach dem jüngst veröffentlichten Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands einen traurigen Rekord und den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Trotz gut funktionierender Instrumente, wie dem Kurzarbeitergeld, haben über ein Viertel der Erwerbstätigen in der Krise bereits Einkommen verloren, wobei der Anteil von Menschen mit ohnehin schon niedrigeren Einkommen besonders groß ist. Zudem sind vor allem Arbeitnehmer*innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen stark betroffen. Als Folge der Krise lag die Zahl der Minijobber*innen im Juni 2020 um 850.000 beziehungsweise zwölf Prozent unter dem Wert im Jahr zuvor. Doch während eine stetig größer werdende Zahl an Menschen sich ernsthafte Sorgen um ihre Existenz und Gesundheit machen muss, steigen – scheinbar ungebremst – die Preise und Mieten für Immobilien. Während die Angst um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes zunimmt und Millionen Menschen in Kurzarbeit geschickt werden, steigt das Gesamtvermögen der 119 deutschen Milliardär*innen nach einer Studie der Privatbank UBS und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers innerhalb eines Jahres von 500,9 Milliarden um knapp 19 Prozent auf 594,9 Milliarden Dollar. Doch nicht nur die angehäuften Vermögen steigen, trotz der allgemeinen Krisenstimmung ist auch die Zahl der Dollar-Millionäre in Deutschland von Januar bis Juni 2020 um 58.000 nach oben geklettert.





Bereits heute besitzt das „eine Prozent“ an der Spitze der Vermögenspyramide nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ganze 35 Prozent des gesamten Nettovermögens der deutschen Bevölkerung. Während sich bei den obersten 10 Prozent der Vermögenden gut zwei Drittel des gesamten Nettovermögens konzentrieren, besitzt die weniger finanzstarke Hälfte der Bevölkerung gerade einmal 1,3 Prozent des Vermögens. All diese Zahlen sind Ausdruck eines von sozialer Ungleichheit geprägten Landes, in dem die Gruppe von Menschen, die von Armut betroffen ist, weiter zunimmt und in Folge von Corona noch größer werden wird.

Auch beim Blick auf das individuelle Infektionsrisiko zeigen sich Unterschiede, denn zwischen einem geringen Einkommen und einem schwächeren Immunsystem besteht ein deutlicher Zusammenhang. Aufgrund schlechterer Arbeitsbedingungen, schwierigeren Wohnverhältnissen und öfter auftretenden sozialbedingten Vorerkrankungen sind ökonomisch marginalisierte Menschen einem weitaus höheren Infektionsrisiko und schwereren Krankheitsverläufen ausgesetzt. Der sozioökonomische Status bestimmt maßgeblich den Grad der Betroffenheit durch die Folgen der Krise. Die Pandemie wirkt dabei wie ein Brandbeschleuniger, der bestehende Missstände und Ungleichheiten weiter verschärft. Ist Corona also der „große Gleichmacher“, wie einige zu Anfang des Infektionsgeschehens noch behaupteten?

Das Gegenteil ist der Fall: Die Krise legt schonungslos und für alle sichtbar die bestehenden sozialen Schwachstellen in unserer Gesellschaft offen. Die Zunahme der ohnehin schon erheblichen sozialen Ungleichheit im Rahmen der Corona-Krise ist aber nicht nur ungerecht, trifft sie doch oftmals die Schwächsten in unserer Gesellschaft, sondern zeichnet auch das Bild einer in Teilen dysfunktionalen Gemeinschaft, die wiederum Ausdruck fehlender staatlicher Fürsorge ist.



DAS VIRUS UND SEINE FOLGEN TREFFEN UNS ALLE, ABER IN DER KRISE SIND LÄNGST NICHT ALLE GLEICH.

Im Zuge der notwendig gewordenen Infektionsschutzmaßnahmen ist ein Teil der für viele selbstverständlich gewordenen Errungenschaften des Sozialstaats zwischenzeitlich nicht oder nur sehr eingeschränkt verfügbar gewesen. Dazu zählen zum Beispiel die Entlastung bei der Sorgearbeit, die Bildung von Kindern und Jugendlichen in Schulen, Kitas und weiteren Einrichtungen, die Unterstützung von Bedürftigen durch die Tafeln oder die Beratung in schwierigen Lebenslagen. Auch der schon vor der Krise bestehende Handlungsbedarf im unterfinanzierten Pflegesystem, gepaart mit Personalnotständen im Krankenhaussektor und im öffentlichen Gesundheitswesen, wird offenbar. Diese Erfahrung hat uns allen noch mal eindrücklich ins Bewusstsein gerufen, welch große Entlastung soziale Dienstleistungen für unsere Gesellschaft darstellen. Die notwendige und angemessene Reaktion – während und vor allem auch nach der Pandemie – kann folgerichtig nur in der Stärkung des sozialen Gleichgewichts liegen. Denn im Zuge der Krise ist sehr deutlich geworden, dass der Sozialstaat und damit auch die haupt- und ehrenamtlichen Strukturen der Wohlfahrt unverzichtbare, stabile und verlässliche Stützen bilden, die unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft zusammenhalten. Diese Strukturen sind heute mehr denn je unerlässlich, auch um die Folgen der Krise zu lindern und den Weg aus ihr zu ebnen.



WIR FORDERN EINE AKTIVE SOZIAL- UND GESELLSCHAFTS- POLITIK, DIE DIE SOZIALE SPALTUNG UNSERER GESELL- SCHAFT BEKÄMPFT UND DAS GEMEINWOHL WIEDER IN DEN MITTELPUNKT DES HANDELNS STELLT. VOR DIESEM HINTER- GRUND BRAUCHT ES EINE DEUTLICHE STÄRKUNG DER INVESTITIONEN IN SOZIALE INFRASTRUKTUR UND SOZIALE TEILHABE.

Die Bewältigung der Krise und ihrer Folgen war bisher schon teuer und wird weiterhin viel Geld kosten. Im Zuge der milliardenschweren Konjunktur- und Hilfsprogramme des Bundes und der niedersächsischen Landesregierung wurden ungeahnte Summen zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahmen begrüßen wir ausdrücklich. Die daraus resultierenden immensen Haushaltsdefizite – bedingt durch die Aufnahme neuer Schulden in Rekordhöhe – werden die Finanzpolitik der kommenden Jahre prägen. Im Rückblick auf die Erfahrungen aus der Banken- und Finanzkrise droht damit eine fiskalpolitische Prioritätensetzung, die an ihrem Ende auf keinen Fall zu Sozialabbau und zum Zurückfahren öffentlicher Dienstleistungen führen darf und die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft weiter verschärft.

Die Corona-bedingten Lasten müssen gerecht auf viele starke Schultern verteilt werden. In diesem Sinne sollten die finanzpolitischen Herausforderungen im Zuge der Corona-Pandemie der Startschuss für die notwendige Umverteilung von Vermögen sein, an deren Ende ein gesellschaftlich fairer Ausgleich steht. Einen weiteren Anstieg der Ungleichheit können und dürfen wir uns aus wirtschaftlicher und sozialer Vernunft nicht mehr leisten.

Die Tilgung der Corona-Schulden wirft schon heute ihren Schatten auf die Haushaltspolitik der kommenden Jahre. Bereits vor der Krise versprochene Verbesserungen, zum Beispiel in Bezug auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel in Tageseinrichtungen für Kinder oder eine bessere Bezahlung von Pflegekräften, stehen angesichts der Kosten aus der Pandemie plötzlich wieder unter Finanzierungsvorbehalt. Dabei sind es gerade die Menschen in den systemrelevanten Berufen, die trotz besonderer Belastungen und Risiken während der Krise an und über ihre Belastungsgrenze hinausgegangen sind und damit die Folgen für uns alle erträglicher gemacht haben.

Aus diesem Grund fordern wir, dass der Wert sozialer und systemrelevanter Berufe für das Funktionieren unserer Gesellschaft endlich Ausdruck in einer fairen und angemessenen Bezahlung und verbesserten Arbeitsbedingungen findet. Applaus und Lob mögen in der Krise angespornt haben. Davon leben lässt sich nicht.

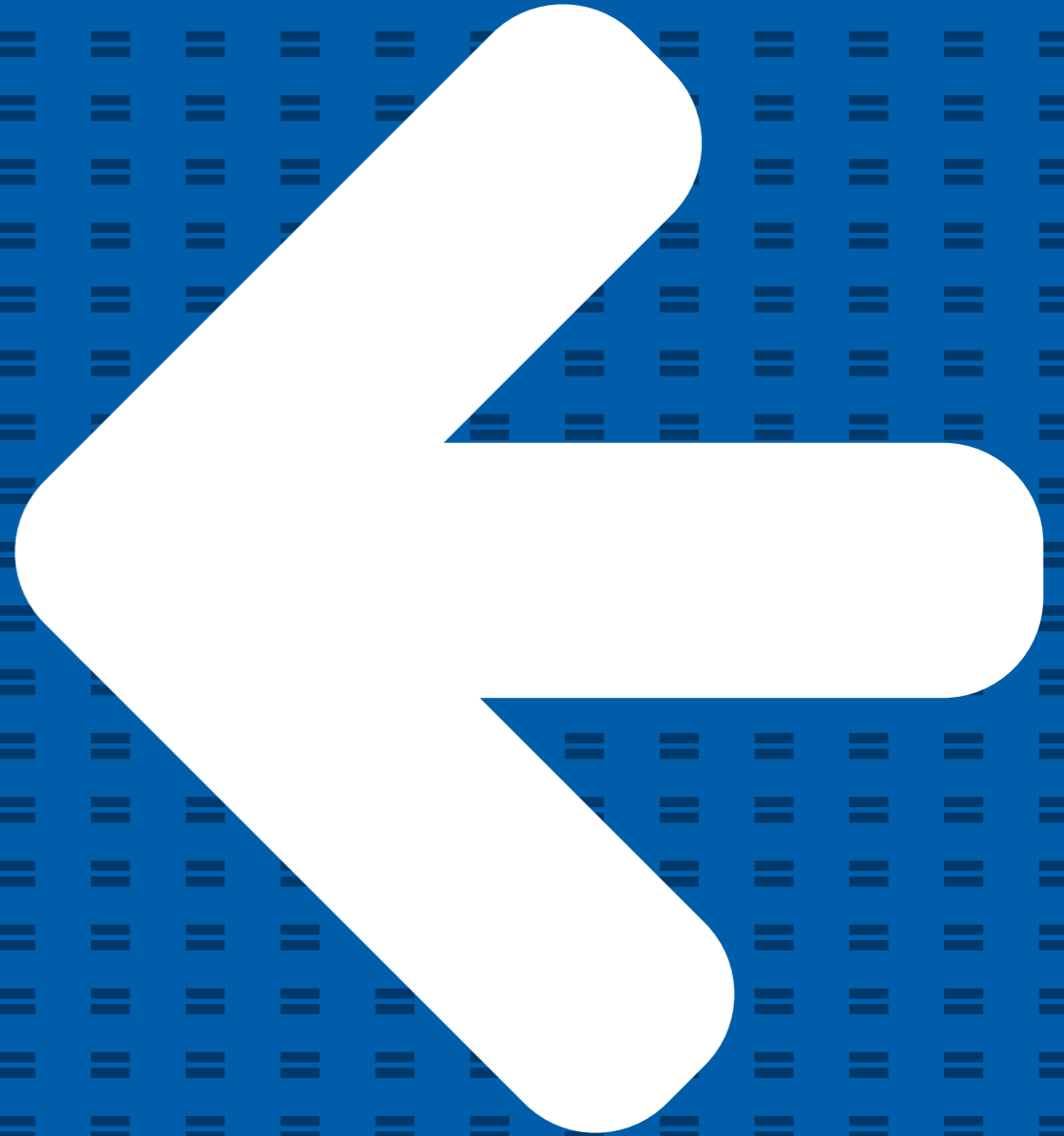


In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ist fast die Hälfte der Befragten der Auffassung, die sozialen Unterschiede im Land seien ungerecht. Gerade einmal neun Prozent sind der Meinung, die wirtschaftlichen Gewinne würden gerecht verteilt. Gleichzeitig besteht eine generelle Abhängigkeit zwischen der Wahrnehmung des Zusammenhalts und der eigenen sozialen Lage. Wer vorher ökonomisch schlechter gestellt war oder sich in einer prekären Lebenslage befand, nimmt auch den Zusammenhalt während der Corona-Krise als schwächer wahr. Fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt und eine Verfestigung sozialer Ungleichheit sind Gift für eine demokratische Gesellschaft.

Corona darf nicht zum gesellschaftlichen Kipppunkt und zur Gefahr für unsere Demokratie werden. Wenn wir das Vertrauen in den Staat und seine Strukturen erhalten und stärken wollen, braucht es mehr Unterstützung für die Menschen, die bereits vor, aber vor allem in der Zeit nach der Krise unsere Solidarität besonders benötigen.

Corona hat uns allen nachdrücklich gezeigt, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält, wo sie funktioniert und wo sie droht, ihre Funktionsfähigkeit zu verlieren. Diese kollektive Erfahrung haben wir als Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. zum Ausgangspunkt für dieses Papier genommen. Wir wollen einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die zentralen Lehren aus der Corona-Krise anstoßen. Wir freuen uns darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

**Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
und seine Mitgliedsorganisationen
Hannover, im März 2021**





www.paritaetischer.de

